



„Ende gut, alles gut?“ Das neue, alte Finanzamt München

Angelica Dullinger

Das Großprojekt „Finanzamt München“ gilt als weitgehend abgeschlossen, verkündet das Bayerische Landesamt. Und sogar von offizieller Seite wird anerkannt, dass dies allen Beschäftigten in den letzten Jahren einiges abverlangt habe. Das klingt so nach „Ende gut, alles gut“. Leider ist die Geschichte über die Fusion des Finanzamts München kein Märchen und wird uns auch weiterhin viel Mehrarbeit aufbürden.

Ein Blick in die Eingangsstellen zeigt dies unmissverständlich auf: Doppelt so viel Post, die



zuständigkeitshalber ankommt, muss umverteilt werden! Das läuft in fast jeder Abteilung schief, nachdem beim Versand von Steuerbescheiden der Hinweis auf die zuständige Abteilung fehlt (außer bei der Erhebung und Betriebsprüfung). Da wird sich nichts einspielen, es sei denn, die EDV wird damit beauftragt, die Post entsprechend zu kennzeichnen.

Zusätzliche Arbeit fällt auch aufgrund der Umbenennung der Abteilungen an und weil die Abteilungen teilweise weiterhin in verschiedenen Häusern untergebracht sind. Da rühmt Finanzminister Dr. Markus Söder ein ums andere Mal in markigen Pressemeldungen den Neubau beim größten Finanzamt Deutschlands.

Ja aber...

Es stimmt, wenn der Finanzminister ausführt, dass „alle sechs Münchner Arbeitsstellen (...) in der Deroystraße zum Steuercampus München zusammengeführt“ werden. Wir erkennen an, dass der erste Neubau - nach zehn Jahren Planungs- und Bauzeit - nächstes Jahr fertig wird und hier der Veranlagungsbereich und die Rechtsbehelfsstelle einziehen soll.

Inhaltsverzeichnis

Fusion Finanzamt München	1
Geschüttelt, nicht gerührt	3
Arbeiten auf der Wiesen	3
Vereinstreffen im Augustiner	4
Mit ver.di nach Berlin...	5
Gewählte ver.di-Personalräte	6
70 Jahre Bayerischer Gewerkschaftsbund	6
Tag der Arbeit	7
Neues von der UNIFA Auftragsübersicht	7
Traumberuf Finanzbeamtin	8
Wenn die Nachbarschaft stört	9
Trittbrettfahrer	10
Warum Verselbständigung?	11
Glück gehabt	12
Beredtes Schweigen	12
Vorbild Freistaat Bayern	14
Soweit die Füße tragen	15
Auf guten Wegen mit dem ACE	15
Drum prüfe	16
verdi im Bayerischen Landtag	18
Verlosung Geschenkübergabe	19
TV Helden	19
Schmetterlingsführung	19
Mitraten und Gewinnen	20



In den weiteren Bauabschnitten sollen insbesondere die Bestandsgebäude auf dem Areal Deroystraße 22, Deroystraße 20 und Deroystraße 18 sowie zuletzt das Servicezentrum abgebrochen und durch Neubauten ersetzt werden. Soll heißen, die weiteren Bauabschnitte ersetzen zunächst die Infrastruktur auf der Deroystraße.

Bis also die Unterbringung der Beschäftigten in der Karl-, Katharina-von-Bora-, Winzer- und Prinz-Ludwig-Straße auf dem sogenannten Steuercampus erfolgt, werden Jahrzehnte ins Land gehen. Erst dann ist eine Verwertung von hochwertigen, staatseigenen Grundstücken in der Innenstadt möglich.

Einzigartige Sonderstelle in Deutschland

Beim Finanzamt München werden jährlich 41 Milliarden Euro erwirtschaftet (2008 noch 26 Mrd.€) und damit 41 Prozent des gesamten bayerischen Steueraufkommens! Doch der „Gegenwert für diese

Leistung“ spiegelt sich teilweise bei der Unterbringung nicht wider. Zwar wurden in den Gebäuden Karl- und Katharina-von-Bora-Straße einerseits Büros modernisiert und entsprechen zeitgemäßen Standards. Das Engagement der Zentralabteilung, der Geschäftsstellen und Hausmeister erkennen die Kolleg/innen dankend an, die vor kurzem von der Deroystraße umziehen mussten.

Andererseits wurden bei einer Raumbegehung durch den Personalrat und den betriebsärztlichen Dienst eklatante Mängel festgestellt. In vielen Räumen können nicht mal Mindest-

standards eingehalten werden, weil schlicht und einfach der Platz hinten und vorne fehlt. Will heißen: hinter dem Schreibtisch sind noch 60 cm Platz bis zur Wand. Jacken werden über den Bürostuhl oder an den vielgerühmten Nagel gehängt, weil der Platz für den Kleiderschrank fehlt.

Die erdrückende Wucht der Akten wird sich auch in den kommenden Jahren nicht spürbar verringern. Die Digitalisierung geht nur in kleinen Schritten voran. Die Inanspruchnahme der elektronischen Steuererklärung liegt aktuell bei sechs Prozent.

Wir möchten hier ausdrücklich an Verantwortliche appellieren, die Neubauten so zügig wie möglich voranzutreiben und den tatsächlichen Raumbedarf in absehbarer Zeit sicherzustellen!



Das größte Finanzamt in Deutschlands in Zahlen

Von den 3.400 Beschäftigten sind 2.800 in München tätig, 600 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leisten ihren Dienst an zwölf ausgelagerten Bearbeitungsstellen an acht Standorten in ganz Südbayern (Degendorf, Dillingen, Eichstätt, Ingolstadt, Mühlendorf, Passau, Straubing und Zwiesel), weitere Auslagerungen sind in Planung (Grafenau, Donauwörth).

Ein Dilemma!

Eine Fusion, bei der die Beschäftigten einer Abteilung auf bis zu fünf Häuser verteilt sind, kann nur schwer als gelungen bezeichnet werden. Allerdings gibt es keinen einfachen Ausweg: Noch gibt es kein Gebäude, in dem die neu gebildeten Abteilungen zusammengeführt werden könnten. Eine Entzerrung von zu dicht belegten Räumen ginge dann, wenn einzelne Bereiche z.B. in die Winzererstraße - also weg vom Zentrum - umziehen würden (falls bei der Erhebung überhaupt Platz wäre).

Doch das ist nur ein Gedankenspiel, denn Umzüge bedeuten zusätzliche Arbeit. Bestehende räumliche Zusammenhänge von Arbeitsbereichen werden dadurch wieder getrennt und betroffene Abteilungen noch mehr in einzelne Einheiten zergliedert...

Kurz und gut, es ist ein Dilemma!

Geschüttelt, nicht gerührt!



Weißes Leinen



Leises Weinen

Angesichts der Fallzahlen rollt schon mal die eine oder andere Träne... Da wäre es gut, gleich ein großes Tuch zur Hand zu haben - zum Abtrocknen oder am besten gleich zum Einwickeln!

Wir greifen hier eine Idee von Patrick Süß auf (SZ-Magazin, GemischtesDoppel). Gefragt sind Wortspiele, die wir mit Bildern untermauern. Vorschläge sind willkommen, gerne an: a.dullinger@gmx.de

Weißes Leinen_BaBara Eckholdt_pixelio.de
Leises Weinen_by_Clarissa

Nach der Wiesn ist vor der Wiesn

Zu den Urgesteinen der Lohnsteuerarbeitgeberstelle zählt unser ver.di-Kollege Hans Mair. Seit 2005 vertritt er das Finanzamt München in Bezug auf das Lohnsteuerabzugsverfahren während des Oktoberfests. Im Gespräch führt er aus, in welchem Umfeld er tätig ist:

„Das Oktoberfest funktioniert wie eine Kleinstadt, die es allerdings nur für ca. 2 ½ Wochen gibt. Hier sind 600 selbständige Unternehmen angesiedelt, 80% davon bestehen nur in dieser Zeit. Sie haben an die 10.000 Beschäftigte angestellt, die maßgeblich beteiligt sind, dass ein Umsatz von insgesamt 476 Millionen Euro erwirtschaftet wird!“

Bereits im Vorfeld werden an mehrere hundert Betriebe Fragebögen versandt, auf deren Grundlage vor Ort die Thematik der Scheinselbständigkeit überprüft wird. Herr Mair erklärt seine Aufgabe, die er zusammen mit dem Kollegen Ralf Bihlmaier, für alle Wiesn-Tage ab 9 Uhr übernommen hat:

„Bei über 600 selbständigen Betrieben mit über 10.000 Arbeitskräften versteht es sich von selbst, dass es keine Langeweile gibt. 17 km haben wir gemessen, die wir an so manchen Tagen gehen. Ob Anzeigen, Anrufungsauskünfte, Kontrollen, Prüfungen, wir erledigen eben alles, was bei so vielen Betrieben anfällt. Erschwerend ist, dass diese Betriebe nur 16 bis 18 Tage bestehen und die Wiesnkräfte dann über alle Berge sind“.

Das Lohnsteuerabzugsverfahren wird erklärt, Auskünfte erteilt, Faxe und Anrufe persönlich bei den Schausteller/innen und Wiesnwirt/innen beantwortet. Nirgends kann das Finanzamt so spontan und zeitnah eingreifen und ist Ansprechpartner für jede/n, ob Wiesnwirt/in oder Polizei. „Unser Einsatz trägt aktiv dazu bei, das Ansehen des Finanzamts aufzubessern!“ so der Kollege Mair.

Mit dem Zoll und dem Tourismusamt arbeiten die Finanzamtskollegen ebenfalls zusammen und erhalten Hinweise von besorgten Angehörigen. „Sie legen Wert darauf, dass bei ihren Kindern der Abzug von Steuern und Sozialabgaben erfolgt“, führt Hans Mair aus. Er sieht das Aufdecken der Scheinselbständigen und der folgenden Einbeziehung in die Sozialsysteme als wichtigen Beitrag zum Vorbeugen von Altersarmut. Hans Mair ist überzeugt, „die Besteuerung muss an der Quelle erfolgen, denn nach dem Oktoberfest reisen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor allem in Nachbarländer“.



Foto: Hans Maier Wiesnprüfer

Die Finanzverwaltung kann am schnellsten tätig werden. Und am nachhaltigsten: Im Nachgang werden für ca. 5000 Wiesnkräfte Kontrollmitteilungen gefertigt. Dies obliegt seinem designierten Nachfolger Kollegen Ralf Bihlmaier. Nach dem schönsten Erlebnis befragt, schwärmt der Kollege Mair, „als Münchner vormittags mit dem Moped bei Föhn mit weiter Bergsicht aufs Oktoberfest fahren...“.

Den beiden „Wiesn“-Kollegen wünschen wir alles Gute für ihre berufliche und private Zukunft. Wir sind stolz auf Euch!

Sondersituation

Seit 1977 gibt es eine Ausnahmegenehmigung für die Anwendung des permanenten Lohnsteuerjahresausgleiches: Es soll sichergestellt werden, dass ein Steuersatz angewandt wird, der sich an der realen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit orientiert. Da sich das Arbeitseinkommen bei einer Arbeitsleistung von 160 Stunden auf 16 Tage konzentriert, wäre ohne dieses Verfahren ansonsten der Spitzensteuersatz anzuwenden. Beispielhaft müssten bei regulärer Besteuerung Studierende, für die Steuerklasse I gilt, deutlich mehr bezahlen. In der politischen Diskussion werden aktuell Überlegungen angestellt, wonach der permanente Lohnsteuerjahresausgleich gesetzlich verankert und auf alle Beschäftigte, die nicht das ganze Jahr bei der gleichen Firma arbeiten, ausgeweitet wird.



Diana Stachowitz, MdL, Stadträtin Julia Schönfeld-Knor, Stadtrat Alexander Reissl, Florian Post, MdB

Vereinstreffen im Augustiner

Gemeinsam mit ihrem Bundestagskollegen Florian Post und den Stadträten Alexander Reissl und Julia Schönfeld-Knor sowie Bezirksrat Gerhard Wimmer organisierte Diana Stachowitz, die sport- und kirchenpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, den Empfang zum Jahresauftakt. Zusammen mit Hermine Schachtner von der Polizei, die für das Finanzamt München seit 10 Jahren die Zivilcouragekurse durchführt, ist Angelica Dullinger der Einladung gefolgt.

Traditionell traf man sich im Augustiner und auch in diesem Jahr nutzten rund 500 Menschen aus Wirtschaft und Kirchen, von sozialen

Wiesn - Fakten

Bierkonsum 1980
= 3,8 Millionen Liter

Bierkonsum 2016
= 6,1 Millionen Liter

Gäste =
rund 6 Millionen Menschen,
davon kommen nur 19% aus dem Ausland

Größte Festhalle =
Hofbräuzelt über 11.000 Sitzplätze

Fundsachen =
nur 20% werden wieder abgeholt

Oide Wiesn =
Festzelt Tradition und Herz-Kasperl Festzelt

Bruttosozialprodukt =
rund eine Milliarde Euro

Einrichtungen und Vereinen den Termin zum Austausch auf Augenhöhe mit Ansprechpersonen aus Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik, darunter viele Stadtratskolleg/innen aus dem Münchner Norden.

Mit Blick auf die Bundestagswahl betonte Diana Stachowitz die Bedeutung des sozialen Zusammenhalts in der Gesellschaft.

„Miteinander sprechen statt übereinander, Toleranz üben und Respekt leben, Herausforderungen gemeinsam anschauen und angehen – das leben wir als SPD in München. Und damit unterscheiden wir uns von Populisten und Radikalen jeder Couleur.“ Das Münchner Rathaus investiert viel, damit die Integration von Geflüchteten in die Gesellschaft und in das Arbeitsleben gelingt.

„München wächst, und das freut uns. Allerdings brauchen wir für mehr Menschen auch mehr Wohnraum. Bezahlbar und in guter Qualität. Dafür müssen wir den Wohnungsbau konsequent stärken, damit Wohnen in München bezahlbar bleibt,“ sagte Alexander Reissl Fraktionsvorsitzender der Stadtrats-SPD und Sprecher im Bauausschuss. Seit Jahren setzt er sich dafür ein, Planen und Genehmigen zu vereinfachen und zu beschleunigen. Und Stadträtin Julia Schönfeld-Knor ergänzte „wir müssen das Wachstum in München fair organisieren, damit die Kluft zwischen Arm und Reich nicht größer wird!“.



Reisegruppe Berlinfahrt 2017

Mit ver.di nach Berlin - Prädikat wertvoll

Michaela Sauerwein

Zum 7. Mal seit 2007 ging es mit der ver.di Betriebsgruppe im Juni 2017 für fünf Tage von München nach Berlin.

Das Alter war wieder gemischt - sogar zwei ganz junge Berlin-Neulinge waren mit an Bord. Für die beiden Mädels waren die Aufregung und auch die Erwartungen groß - das erste Mal in der Bundeshauptstadt!

Möglich machte uns diese Reise wieder Klaus Barthel, Bundestagsabgeordneter der SPD. Nach einer interessanten Plenarsitzung erklärte uns der Abgeordnete Barthel persönlich sehr genau und ausführlich die vielfältigen Ziele und deren Umsetzung durch den Deutschen Bundestag und war auch für diverse Fragen unsererseits sehr offen.

Im Willi-Brandt-Haus erwartete uns ein weiteres Mitglied des Bundestags, der finanzpolitische Sprecher der SPD, Herr Lothar Binding. Nach einer Besichtigung des interessanten Gebäudes erklärte er uns Arbeitskreise und Arbeitsgruppen von Fraktionen und deren tägliche Arbeit und veranschaulichte dies sehr witzig und klar, wie im Finanzausschuss gearbeitet wird.

Weitere Programmpunkte waren auch noch ein Stadtteilrundgang rund um den Alexanderplatz und die Hackeschen Höfe, eine Führung durch das Jüdische Museum, sowie in der Topographie des Terrors.

Trotz des straffen Programmes blieb auch noch Luft zum Verschnaufen, zum Bummeln, Schlemmen und zum Besichtigen der Stadt, jeder nach seinem Gusto!

Letztendlich hat jede Person ihren eigenen Eindruck dieser sich ständig verändernden Stadt gewonnen. Vor allem unsere Berlin-Neulinge hatten ein Leuchten in den Augen und besuchen gewiss nicht das letzte Mal diese tolle Stadt.

Resümee: Berlin ist immer eine Reise wert! Und mit ver.di erst Recht!



Brandenburger Tor / Gold Else



Lothar Binding, MdB



Jüdisches Museum - Garten der Erinnerung

Die gewählten ver.di-Personalrät/innen des Finanzamts München sind immer für Dich da:

Angelica Dullinger

freigestellte Personalratsvorsitzende der Abteilung III
Mitglied im Gesamt-, Bezirks- und Hauptpersonalrat
stellv. Vorsitzende ver.di-Landesfachbereich und Bundesfachbereichsvorstand
Karlstr. 9-11



Und als Schwerbehindertenvertretung für ver.di vertritt uns

Monika Huber

Abteilung IV, Bußgeld- und Strafsachenstelle



Elke Ganzenmüller

Personalratsmitglied der Abteilung III, Rechtsbehelfsstelle
Katharina-von Bora-Str. 4



Michi Sauerwein

Personalratsmitglied der Abteilung IV, LSt-Arbeitgeberstelle
Karlstr. 9-11



Wolfgang Untergehrer

Personalratsmitglied der Abteilung IV, LSt-Arbeitgeberstelle,
stellv. Vorsitzender der ver.di-Bundesrevision
Karlstr. 9-11

Last, but not least - **Norbert Reitberger**

gewählt, aber mittlerweile im „Unruhestand“ vermissen wir schmerzlich unseren Kollegen den ehemaligen Personalratsvorsitzenden der Abteilung Erhebung

Für alles, was Du für uns und eine Vielzahl Kolleginnen und Kollegen über Jahrzehnte -!- geleistet hast, sagen wir ein herzliches

VERGELT'S GOTT!



70 Jahre Bayerischer Gewerkschaftsbund

Am 29.03. gedachte der DGB Bayern im Rahmen einer Festveranstaltung in der Freiheizhalle der Gründung des Bayerischen Gewerkschaftsbundes vor 70 Jahren. Die Vortragenden (u.a. Mathias Jena, Vorsitzender des DGB Bayern, die Schauspielerin Ilse Neubauer, der Historiker Dr. Dominik Feldmann und der Wirtschaftsforscher Dr. Rudolf Hickel) ordneten das historische Ereignis in die bewegte Geschichte der Arbeiterbewegung ein, wobei der Blick in die Gegenwart, aber auch die Zukunft der Arbeit nicht zu kurz kam. Musikalisch untermalt wurde der Abend vom „Bairisch Diatonischen Jodelwahnsinn“ - ein Abend, der informiert und bereichert hat. Starke Gewerkschaften - wir brauchen sie gestern, heute und morgen!



li nach re: Angelica Dullinger, Dieter Fulda, Wolfgang Untergehrer



Foto: Münchner Mareinplatz

Tag der Arbeit

Der 1. Mai ist der wichtigste Tag der Arbeiter/innenbewegung. In allen Regionen Bayerns organisiert der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) jedes Jahr eine Vielzahl von Kundgebungen und Veranstaltungen rund um den 1. Mai. Aus diesem Anlass lädt der Münchner Oberbürgermeister Dieter Reiter Gäste aus Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräte in den wunderschönen Festsaal im Alten Rathaus ein.

„WOHNEN muss in München BEZAHLBAR bleiben,“ lautete die Kernaussage in der Festansprache von Dieter Reiter. Es klang fast wie ein Mantra, was nicht an dem sonnig-heißen Tag lag, sondern an der Dringlichkeit, die alle Anwesenden im Alltag spürten.

Das traditionelle Treffen ist immer eine gute Gelegenheit, sogenannte Kampfgenoss/innen aus früheren Zeiten wiederzutreffen und neue Weggefährten/innen kennenzulernen. Dieser Zusammenhalt der Interessensvertretung



li nach re: Angelica Dullinger,
OB Dieter Reiter, Hermine Schachtner

wird auch in Zukunft dringend gebraucht, um die Rechte von Erwerbstätigen, wie auch von „Schutzbedürftigen“ durchzusetzen.

Neues zur UNIFA-Auftragsübersicht

Angelica Dullinger

„Ich will doch eigentlich nur das Beste von Euch: Eure Daten, Eure Informationen, um Euch gerecht beurteilen zu können.“

gez. Friedenseiche

Die Auftragsübersicht für Sachgebietsleiter/innen wurde 2008 erstmals pilotiert. Vor kurzem hat der Hauptpersonalrat der flächendeckenden Pilotierung zugestimmt. Dem gingen umfangreiche kontroverse Erörterungen mit Vertretern des Staatsministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat (StMFLH) voraus.

In Zeiten zunehmender Digitalisierung möchte der Dienstherr die technischen Möglichkeiten ausreizen, um Führungskräften die Dienstauf-

Man muss die
Schuld auch mal bei
ANDEREN SUCHEN

sicht zu erleichtern. Salopp gesagt, sollte am liebsten per Knopfdruck zu jeder beliebigen Zeit eine Übersicht zu den Erledigungsquoten und Bearbeitungszeiten der Beschäftigten digital abgerufen werden können.

So kann allerdings auch der Eindruck entstehen, dass sich die Aufgaben der Führungskräfte hauptsächlich auf Kontrollfunktionen beschränken und dabei der Schutz der Beschäftigten vor permanenter Überwachung baden geht.

Dem mitbestimmungspflichtigen Verfahren hat der Hauptpersonalrat (HPR) deshalb mit Ausnahme des Punktes Speicherübersicht zugestimmt, unter Beachtung der Punkte:

- es handelt sich weiterhin um eine Pilotierung,
- die Sachgebietsleiter/innen werden mit Daten überfrachtet. Es muss klargestellt werden, wie eine Dienstaufsicht in Zeiten der zunehmenden Digitalisierung erfolgen soll. Hierzu ist eine Gesamtstrategie erforderlich,
- die Planungen sollen flächendeckend bekannt gegeben werden und von den Amtsleiter/innen in verpflichtenden Dienstbesprechungen mit den Beschäftigten erörtern werden.

Die vorausgehenden Verhandlungen zogen sich über einen Zeitraum von neun Monaten, in dem von Seiten des Finanzministeriums immer wieder betont wurde, dass die Auftragsübersicht kein Mittel zur Leistungs- und Verhaltenskontrolle ist! Das StMFLH hat zur Einführung angekündigt, dass die Führungskräfte umfangreiche Schulungen erhalten sollen. Das Konzept liegt derzeit..., genau: Beim StMFLH.

Die berechtigte Skepsis bleibt, dass die Kommunikation einmal mehr verkümmert und großes Konfliktpotential entsteht. Die ver.di-Fraktion im HPR hat den Flächeneinsatz der Pilotierung deshalb abgelehnt.

Immer wieder üben einige Führungskräfte über Statistiken Druck aus, um sich persönlich in ein gutes Licht zu setzen und die eigene Karriere zu befördern. Dabei gilt nach wie vor die „Dienstvereinbarung zur Erhebung, Verarbeitung und Nutzung personenbezogener Leistungsdaten in der Steuerverwaltung“. Dort steht in § 1: Es ist verboten, elektronische oder manuell ermittelte Daten zur Leistungsmessung zu erheben, „die dazu geeignet sind, Aufschluss über die in einem bestimmten Zeitraum geleistete Arbeitsmenge, über die geleistete Arbeitsqualität oder über ein Verhalten von einzelnen Beschäftigten (...) zu geben.“

Uns ist klar, dass es die Sachgebietsleiter/innen nicht leicht haben. Um Missverständnissen vorzubeugen, möchten wir aber auch klarstellen, dass „personenbezogene Leistungsdaten (...) nicht zum Zwecke der Beurteilung erhoben“ werden dürfen!

Traumberuf Finanzbeamtin

Wolfgang Untergeher

Wenn meine Schwester früher auf einer Party einen nervigen Verehrer abwimmeln wollte, erwähnte sie beim small-talk beiläufig: „Ich arbeite beim Finanzamt!“ - weg war er... Und heute Morgen im Radio verriet eine Hörerin am Telefon ihren Beruf: „Finanzbeamtin!“ Daraufhin gab es sofort größte Heiterkeit bei den Moderatoren, als hätte sie „Löwen-Dompteurin“ oder „Kranführerin“ gesagt.

Wer sich in diese Richtung beruflich outet, kann regelmäßig mit einer Vielzahl von „originellen“ Reaktionen rechnen, zum Beispiel:

„Dann kannst Du ja meine Steuer machen!?“

Nein, FinanzbeamtInnen sind nicht automatisch in der Steuerberatung tätig.

„Oh, dann darf ich Dir ja gar nicht sagen, dass ich meinen Hobbyraum als Arbeitszimmer absetze?!“

Nein, denn auf Steuerbetrug muss man nicht unbedingt auch noch stolz sein.



„Also, wer ist denn wirklich schon ganz ehrlich mit der Steuer? Der wäre ja schön blöd!“

Nein, blöd nicht, aber wirklich ein seltenes Exemplar.

Der Schriftsteller Kurt Tucholsky schrieb im Jahr 1930: „Das deutsche Schicksal: vor einem Schalter zu stehen. Das deutsche Ideal: hinter einem Schalter zu sitzen.“ So wie die Empfehlung, das Bäckerhandwerk zu erlernen („Brot wird immer gegessen!“) gilt die Perspektive, „beim Staat“ zu arbeiten, bis heute als erstrebenswert, krisenfest und konjunkturunabhängig. Dagegen ist die sog. „freie Wirtschaft“ ein gefährliches Terrain mit immer fragwürdigeren Zukunftsaussichten, niedrigen Löhnen und unregelmäßigen Arbeitszeiten.

Damit wäre ja das Thema erledigt. Beamtin oder Beamter zu werden, zu sein und zu bleiben, ist also eine gute Sache. Aber, Moment! So einfach ist es dann eben doch nicht. So sehr der (Frei-)Staat seine Dienerinnen und Diener schätzt und versorgt, sind sie doch im öffentlichen Ansehen nicht immer gut gelitten.

Wer wissen möchte, wie lustig diese Abneigung sein kann, gebe einfach nur „Beamtenwitze“ in seine Suchmaschine ein. Natürlich ist es grundsätzlich ein weit verbreitetes Vorurteil, dass nur man selbst fleißig und korrekt arbeitet (und dafür viel zu schlecht bezahlt wird), während ringsumher sämtliche anderen Berufsgruppen wahlweise faul, unmotiviert, überbezahlt und/oder inkompetent sind.

Da ist das Pflegepersonal / die ErzieherInnen /die Bankangestellten, die immer nur im Pausenraum Kaffee trinken, die Handwerker (aller Art), die auch mehr Pausen machen als zu arbeiten und jede Menge andere Berufstätige, die ihr Geld eh' nur im Schlaf verdienen! Apropos im Schlaf: Der tägliche Büroschlaf von BeamtInnen ist ein immer wiederkehrendes Klischee und wird in unzähligen Witzen immer wieder verbreitet:

Treffen sich zwei Beamte auf dem Flur. Fragt der Eine den Anderen: „Du, kannst Du auch so schlecht einschlafen?“

Finanz-BeamtInnen haben es aber noch einmal besonders schwer, denn sie sind verantwortlich, nein schuldig, dass „der Staat“ uns „unser Geld“ in Form von Steuern aus der Tasche zieht. Das ist zwar offensichtlich falsch, weil ja die jeweilige Bundes- oder Landesregierung

Steuergesetze macht oder ändert, aber das können oder wollen(?) viele nicht begreifen und ziehen das schlichte Feindbild vor. Also nicht nur faul, sondern auch böseartig.

Es ist schon merkwürdig, dass zwar ein Großteil der deutschen Bevölkerung die hiesige Form der Demokratie und den (Frei-)Staat bejaht, aber gleichzeitig eine überwältigende Mehrheit das Steuersystem dieses Staates für so ungerecht hält, dass man es mit mindestens „1000 legalen Steuertricks“ zu überlisten trachtet. Nach dem Motto: „Ich liebe den Staat, aber von mir kriegt er nix!“

Fassen wir zusammen: Über die Arbeit und den Alltag von Finanzbeamten sind mehr Klischees, Halbwahrheiten und Vorurteile im Umlauf als über viele andere Berufe. Und viele KollegInnen und Kollegen haben sich anscheinend schon damit abgefunden, dass das auch so bleiben wird. Das ist aber kein Einzelschicksal: Viele andere Berufe, die für eine Gesellschaft immens wichtig sind (in Schulen, Kitas, Krankenhäusern, Pflegeheimen, Ver- und Entsorgungsbetrieben) sind gesellschaftlich eher schlecht angesehen – und ebenso schlecht bezahlt. Und natürlich keine Traumberufe!

Aber vielleicht kommt nach den unzähligen Talent-Shows jemand vom Fernsehen endlich mal drauf, die oder den Super-Beamtin/Beamten Deutschlands (DSDSB) zu suchen. Da werden wir uns dann bewerben – und gewinnen! Das wird ein Traum!

Wenn die Nachbarschaft stört

Angelica Dullinger

Die Beschäftigten der Abteilung III und IV haben neue Nachbar/innen im gegenüberliegenden Gebäude in der Karlstraße. Dort werden seit geraumer Zeit Flüchtlinge vorübergehend untergebracht. Seit Jahrzehnten war das im staatlichen Besitz befindliche Gebäude leer gestanden. Der Anblick war angesichts der Engpässe bei unserer Unterbringung ein wahrer Dorn im Auge. Deshalb ist es erfreulich, dass endlich



Foto: der afghanische Zahnarzt und Musiker Ahmad Shakib Pouya



eine Einigung gelang und das alte Gebäude wieder instandgesetzt wurde.

Viel ist von den neuen Nachbar/innen zwar nicht zu sehen, aber ab und zu finden lautstarke Wortwechsel statt. An den Lärm von Müllwägen und Kehrmaschinen haben sich die meisten Kolleg/innen längst gewöhnt. Aber bei am offenen Fenster ausgetragenem Streit reagieren manche empfindlicher. Derartige Konflikte sind dort bei einer Besetzung mit bis zu 6 Personen pro Zimmer zwar nicht weiter verwunderlich. Aber diese „ungewohnte Akustik“ hat die Konzentration einzelner Beschäftigten arg strapaziert. Daher gibt es jetzt, unterstützt von der Landeshauptstadt München, psychologische Beratung auf beiden Seiten, um zwischen den unterschiedlichen Kulturen zu vermitteln.

Auf der einen Seite stehen die Kolleg/innen in der Dienststelle unter permanenten Druck von Auftragserledigung und Fallzahlen. Da ist jede noch so kleine Störung unwillkommen. Auf der anderen Seite werden wir real damit konfrontiert, was wir abends über den Fernsehschirm flimmern sehen: Menschen fliehen aus ihrer Heimat, weil ihre Menschenrechte verletzt wurden und werden. Gründe, warum Menschen ihre Heimat unfreiwillig verlassen:

- Verfolgung, Krieg, Bürgerkrieg, bewaffneter Konflikt
- strukturelle und private Gewalt
- schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen
- Klimawandel, Naturkatastrophen
- andere Katastrophen (z.B. chemische oder atomare Verseuchung)

Politische Verfolgung, Folter, Krieg und Gewalt führten dazu, dass 2014 rund 59,5 Millionen Menschen als Flüchtlinge außerhalb ihrer Heimat leben mussten. Die meisten von ihnen sind Flüchtlinge im eigenen Land. Rund 15 Millionen Menschen sind nach völkerrechtlichen Konventionen anerkannte Flüchtlinge.

In keinem anderen Bundesland wird die Asylpolitik so konsequent mit einer rigiden Abschiebep Praxis verknüpft, wie in Bayern. Die bayerische Auslegung des Integrationsgesetzes führt dazu, dass Asylbewerber/innen die Arbeitserlaubnis nicht erteilt wird. Deshalb fordert der Bayerische Flüchtlingsrat die sofortige Schließung der Abschiebelager ein, ein gerechtes, individuelles Asylverfahren und eine menschenwürdige Behandlung für alle Geflüchteten.

Unter „Welcome United - Für das Recht auf soziale Rechte“ wird aufgerufen, am 16. September zur bundesweiten Demonstration nach Berlin zu kommen - zu einer großen Parade für Teilhabe, Gleichberechtigung und Solidarität!

Aktuelle Informationen unter:

www.muenchner-fluechtlingsrat.de

<http://www.fluechtlingsrat-bayern.de>



Trittbrettfahrer

Wolfgang Untergehrer

Auf „Trittbrettfahrer/innen“ gibt es zwei sehr unterschiedliche Blickwinkel:

Voller Mitleid und Angst betrachtet man die Bilder von Hunderten armer Menschen, die in Ländern wie Indien oder Bangladesh oft unter Lebensgefahr versuchen, sich gerade noch an einen überfüllten Zug zu klammern oder einen „Platz“ auf dem Dach zu ergattern. Diese Trittbrettfahrer/innen haben keine Wahl - und ihre Not ist größer als ihre Angst.

In Gewerkschaften bezeichnet man gerne diejenigen als Trittbrettfahrer/innen, die zwar von den Erfolgen der Arbeitnehmerorganisation

(z.B. von Tariferhöhungen) profitieren, aber persönlich nichts dafür getan haben - weder mit Mitgliedsbeiträgen noch durch Beteiligung an Aktionen oder gar einem Streik. Und ist eine Organisation mal nicht so erfolgreich, dann sind es die Trittbrettfahrer/innen, die als erste „abspringen“ und lauthals verkünden, dass es eben doch nichts bringe, dort (zahlendes) Mitglied zu sein. Diese Entwicklung hat dazu geführt, dass es Gewerkschaften gibt, die folgerichtig Ergebnisse erkämpft haben, wonach die Verbesserungen zumindest teilweise nur ihren eigenen Mitgliedern zugute kommen. Jedoch profitieren immer noch in den meisten Branchen alle Beschäftigten von Tariferhöhungen, auch wenn dort oft nur Bruchteile der Belegschaften in den Gewerkschaften organisiert sind, die für sie gekämpft haben.

Die Aufgaben einer Gewerkschaft wie ver.di werden immer umfassender, die Branchenvielfalt wird immer größer und gleichzeitig wird das Arbeitsklima in vielen Betrieben und Verwaltungen rauher und belastender.

Eine der wichtigsten Aufgaben einer Gewerkschaft ist die Beratung der Mitglieder. Anrufe und Anfragen bekommen wir aber oft auch von Leuten, die zwar von uns (Gutes) gehört haben (sonst würden sie sich ja nicht bei uns melden!), aber nicht bei ver.di sind. Was tun? Man könnte argumentieren, dass wer nicht Mitglied ist auch keinen Anspruch auf Rechtsberatung haben soll, punktum! Unsere Sicht der Dinge ist eher,



dass ein kostenloser Service die beste Werbung für uns darstellt und damit als Investition in die Zukunft verstanden werden sollte. Nicht jede Rechtsfrage können wir aus dem Stand beantworten, aber wir werden uns sicher immer bemühen, notwendige Informationen zu beschaffen und im betrieblichen Alltag zu helfen, wo es geht.

Mitglieder der Gewerkschaft ver.di haben einen Rechtsanspruch auf juristische Hilfe und Beratung, den haben die „Trittbrettfahrer/innen“ nicht.

Ist das kein erstklassiges Argument, um sich einen Ruck zu geben und einzutreten in eine Gesinnungsgemeinschaft, die etwas bewegt und sich für uns Beschäftigte des öffentlichen Dienstes einsetzt, auch wenn wir als Beamt/innen nicht streiken dürfen?



Neubau Deroystraße

Warum „Verselbständigung“?

Wolfgang Untergehrer

Im Jahr 2018 stehen nach Abschluss der letzten Strukturänderungen im Finanzamt München (FAM) Neuwahlen für die neugegründeten Säulen an. Wir bitten Dich bereits heute ganz dringend, den Aufruf der Ausschüsse für die Verselbständigung Eurer Abteilungen zu unterstützen!

Die Verselbständigung eines Dienststellenteils macht erst möglich, dass dort eine eigene örtliche Personalvertretung gewählt werden kann!

Welche Vorteile bietet Dir ein örtlicher Personalrat?

Das FAM ist ein hochkomplexes Konstrukt aus vielen sehr unterschiedlich aufgestellten Abteilungen sowie mit erheblichen Unterschieden in Organisation, Ausstattung und fachlichen Tätigkeitsfeldern. Örtlich gibt es eine Vielzahl von Themen, die in den Abteilungen weit besser angepackt werden als auf Amtsebene und bei denen gerade örtliche Personalräte schon aufgrund ihrer besseren Kenntnis der Verhältnisse vor Ort mit der zuständigen Abteilungsleitung bessere und tragfähige Regelungen treffen können.

Personalrät/Innen, die Dir als Vertrauenspersonen bereits persönlich bekannt sind, können Dir vor Ort weiterhin wertvolle Hilfestellung leisten, ob in Fragen von Beurteilung, Personalentwicklungskonzept (PEK) oder Beförde-

rung, bei Schwierigkeiten mit Vorgesetzten oder im Kollegenkreis, als Begleitung bei Personalgesprächen im Landesamt für Steuern oder im Wiedereingliederungsgespräch und vieles andere mehr.

All das kann ein Gesamtpersonalrat schon rein personell nicht leisten. Zu bedenken ist zudem, dass nicht sichergestellt ist, dass tatsächlich jede Abteilung in einem zukünftigen Gesamtpersonalrat vertreten sein wird.

Die Wahlen finden 2018 statt. Dann brauchen wir jede Stimme für die Verselbständigung der betroffenen Abteilungen I, III und IV. Die Mehrheit der abgegebenen Stimmen reicht nicht. Das schaffen wir nur mit einer Mehrheit der Abstimmungsberechtigten - so wichtig ist Deine Stimme!



verdi Stammtisch Weltwirtschaft

Glück gehabt!

Beim Stammtisch im Biergarten der Weltwirtschaft in der Schwanthalerstraße hat das Wetter mitgespielt. Die ver.di-Betriebsgruppe trifft sich regelmäßig zum Austausch von Neuigkeiten oder altbekannten Problemen beim Finanzamt München, um Aktionen planen oder einfach nur zum Ratschen. Mit dabei war diesmal Wolfgang Lubrich vom ver.di-Bezirk München. Gäste sind immer willkommen!

Das nächste Treffen findet statt am 25.10.2017 um 16 Uhr Zi. 37 EG, Landesamt, Sophienstr. 6.

Bei Interesse bitte melden bei Martin Heitzer: m.heitzer@gmx.de, die Einladung folgt per Email.

Kommentar Beredtes Schweigen

Wolfgang Untergehrer

Demokratische Politiker/innen jeder parteipolitischen Richtung versuchen sich mehr oder weniger erfolgreich daran, die Bürger/innen mit wohlgesetzten Worten von ihren Vorstellungen und Ideen zu überzeugen. Sie nutzen dabei alle nur denkbaren Kommunikationswege und Möglichkeiten der Öffentlichkeitsarbeit, sie posten auf Facebook und twittern, sie reden ganz traditionell auf Versammlungen und suchen das persönliche Gespräch.

Unserem Staatsminister der Finanzen, Herrn Dr. Markus Söder, steht noch eine zusätzliche Kommunikationsplattform zur Verfügung, der er sich dann auch fleißig bedient, Ihr ahnt es wohl schon, das Allgemeine Informations-System (AIS) der Finanzverwaltung. Ein Forum, das auch extrem häufig genutzt wird, so erfahren die faszinierten Finanzbeamt/innen fast wöchentlich, was es für den Herrn Minister so alles an schönen Presseterminen zu bestreiten gibt, beispielsweise von der Amtseinführung eines Amtsvorstehers am Rande des Freistaats über die Vorstellung „neuartiger“

Organisationsformen in der Steuerfahndung bis zu (selbstverständlich) Erfolgsmeldungen beim Einsatz von Elster-Online.

Noch mehr verbreitet sind da nur mehr die Pressetermine, in deren Rahmen dem/der Bürgermeister/in einer Gemeinde vom Minister höchstpersönlich der Förderbescheid für schnelles Internet in die Hände gedrückt wird oder an Standorten der Schlösser- und Seenverwaltung wunderschöne Bilder von Herrn Dr. Söder vor prachtvoller Kulisse geschossen werden.

Was wir in den Pressemitteilungen des Ministeriums im AIS nicht erfahren, das sind die vielfältigen Probleme in der Bayerischen Finanzverwaltung. Die grassierende personelle Unterbesetzung, die massive Überalterung vieler Arbeitsbereiche, die beengte Unterbringung der Beschäftigten und der alltägliche Kampf mit der Technik wird nicht thematisiert. Welcher Politiker wird das schon machen, wenn er wie Dr. Söder nun bereits seit 2011 die Verantwortung im Bereich der Steuerverwaltung hat?

Viel interessanter finde ich aber noch, welche Themen der aktuellen Steuerpolitik von ihm als verantwortlichem Fachminister in der Öffentlichkeit NICHT aufgegriffen werden, Themen, die auch viele engagierte und von ihrer Arbeit überzeugte Steuerbeamt/innen beschäftigen:

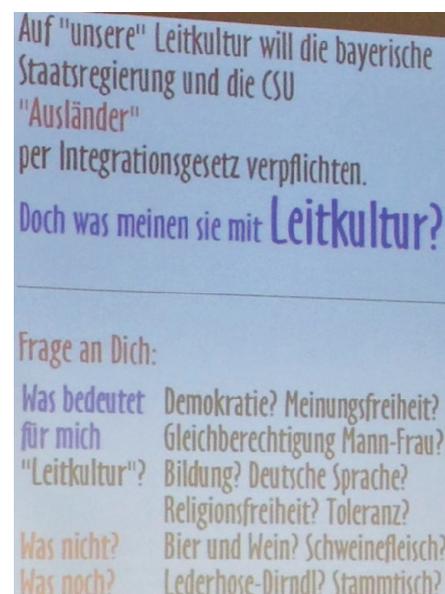
- Kein öffentlicher Kommentar zur „Cum-Ex“ bzw. „Cum-Cum“-Affäre, in der deutsche, auch bayerische Banken zumindest in betrügerischer Absicht daran aktiv mitgewirkt haben, den Fiskus um viele Milliarden (die „Zeit“ vom 07.06.2017 spricht von mindestens 31,8 Milliarden Euro) zu „erleichtern“. Also der Vertreter genau der Partei, die stets und gerne das Wort vom „Sozialbetrüger“ im Munde führt, wenn es sich um erschlichene Sozialleistungen handelt, kein Wort über „hartes Durchgreifen“ von der selbsternannten Law-and-Order-Partei gegenüber den Banken, die teilweise zur gleichen Zeit durch massive Stützung des Staates in der Finanzkrise gerettet werden mussten. Wenn das mal keinen Skandal allererster Größenordnung darstellt!
- Keine Wortmeldung zur Einschleusung eines Agenten des Schweizer Nachrichtendienstes in die NRW-Finanzverwaltung, der gerade die Steuerfahnder/innen ausforschen sollte, die in vorbildlicher Art und Weise daran mitgewirkt haben, durch Ankauf der sog. „Steuer-CDs“ hinterzogene Einkommensteuern (eine Aktion, die Bayern – natürlich? – auch nicht mittragen wollte) in gigantischer Höhe zurückzuholen.
- Man stelle sich vor: ein befreundeter Nachbarstaat spioniert deutsche Verwaltungsbeamt/innen aus, die ihre Pflicht und Schuldigkeit erfüllen. Das ist doch ein Vertrauensbruch allererster Güte und der Minister schweigt beredt, genauso wie der Herr Bundesfinanzminister Dr. Schäuble. Wenn man dabei bedenkt, wie in anderen Fällen von den deutschen, gerade auch bayerischen Konservativen die Ressentiments gegen „die Ausländer“ bedient werden, sei es bei der „Ausländermaut“ oder bei den „Asylbetrügern“, dann kann man nur noch staunen.

Nein, Herr Dr. Söder, Sie müssen auch als Fachpolitiker wirklich nicht zu ALLEN Themen des Steuerwesens Stellung nehmen, das wäre wahrscheinlich zu viel verlangt. Aber wenn Aufreger dieser Kategorie für einen Politiker, der sonst keine Bühne, ob im Fernsehen oder in der Öffentlichkeit scheut, keinen Anlass mehr bieten, sich hierzu auch nur einmal klar und eindeutig zu Wort zu melden, dann fürchte ich, steckt da Methode drin.

Der Lateiner sagt: „Si tacuisses philosophus mansisses“ - Schweigen ist Gold. Ich glaube, Herr Dr. Söder hat da etwas gründlich falsch verstanden!



„Heimatmuseum“ mit Frankenfahne - bislang nicht gemäß Flaggen-Verwaltungsanordnung



Vorbild Freistaat Bayern?

**Luise Klemens,
Vorsitzende des Landesverbandes
ver.di Bayern**

Die sachgrundlose Befristung hat entscheidend zu einer Entsicherung der Beschäftigungsverhältnisse in Deutschland beigetragen. Eine faire Abwägung von Flexibilisierungserfordernissen der Arbeitgeber auf der einen und Sicherheitsbedürfnissen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf der anderen Seite findet nicht statt. Im Gegenteil:

Die Flexibilisierungsanforderungen werden weitgehend zu Lasten der Beschäftigten durchgesetzt, die Risiken der Arbeitgeber voll auf die Beschäftigten abgewälzt. Befristete Einstellungen werden mittlerweile häufig auch als eigentlich verbotene Verlängerung der Probezeit benutzt, oder genauer: missbraucht. Die Beschäftigten dagegen müssen über einen langen Zeitraum auf eine sichere Beschäftigungsperspektive verzichten.

Ein schlechtes Vorbild liefert insbesondere auch der Freistaat Bayern: Hier wird in vielen Fällen nur noch befristet eingestellt. An bayerischen Universitäten beträgt der Befristungsgrad oft schon über 50 Prozent.

Diese Befristungspraxis ist nicht nur ein Problem für die Beschäftigten, sondern auch für die Leistungsfähigkeit und die Attraktivität des öffentlichen Dienstes.

Junge Menschen trifft die befristete Einstellung am Beginn ihres Berufslebens besonders. Sie müssen sich einerseits auf die für die Ausübung der Berufstätigkeit notwendigen Kompetenzen und Kenntnisse konzentrieren, die sie in der Ausbildung oder im Studium noch nicht erwerben konnten. Zugleich sind sie gezwungen, sich gleich wieder um ein neues Arbeitsverhältnis oder aber um die Verlängerung des bestehenden zu bemühen. Dies verlangt eine doppelte Anpassungsleistung.

Politiker und Unternehmen beklagen auf der einen Seite die demografische Entwicklung und drohenden Fachkräftemangel, wälzen auf der anderen Seite aber jedes Beschäftigungsrisiko einseitig auf die junge Generation ab. Die sachgrundlose Befristung schadet damit dem Wirtschaftsstandort Deutschland.



Luise Klemens, Bildnachweis: BR

Mit dem Aufbau der sog. Verbindungsdatenbank im Bereich der Grundbesitz-Bewertung kam eine weitere Herkulesaufgabe auf unsere Verwaltung zu. Um der Arbeitsmenge „Herr zu werden“, setzt das Finanzministerium seit geraumer Zeit erhebliche Mittel ein, um die Datenerfassung mit Hilfe von Tarifkräften zu stemmen. Das ist immerhin ein erstes Eingeständnis, dass es so nicht weitergehen kann bzw. dass die ideologisch motivierte Ablehnung von Einstellungen im Tarifbereich ein Ende finden muss! Die Freigabe der Gelder erfolgt aber unter der Maßgabe, dass die Einstellungen befristet erfolgen müssen.

Angesichts der konkret zugewiesenen Aufgabe ist dies nachvollziehbar, weil „eines Tages“ die Verbindungsdatenbank gefüllt sein wird. Festzuhalten ist aber auch, dass im Rahmen dieser Aktion eine Vielzahl neuer Beschäftigter das Finanzamt München als Arbeitsplatz kennen und schätzen lernen. Aufgrund unseres eklatanten Personalmanagements sollte dringend geprüft werden, welche Tätigkeiten diese und andere Tarifkräfte künftig übernehmen könnten, wie Zuarbeiten im Allgemeinen, Aufbau und Betreuung der verschiedenen Archive, Vervielfältigung und Einscannen von Unterlagen, Verwaltung von Kontrollmitteilungen u.v.m.

Es gibt jede Menge an Gründen, die Arbeitszeit unserer neuen Mitarbeiterinnen aufzustoßen und die Beschäftigungsverhältnisse zu entfristen. Packen wir es an!



Nachtrag zu „Soweit die Füße tragen“

Dieses schöne Bild von den Teilnehmer/innen am 10 km-Lauf am Münchner Stadtlauf haben wir leider vergessen in der 21. Ausgabe 2016 abzdrukken, darum jetzt und wie immer in Farbe.

Alle hochmotiviert und gut drauf!

Mit ver.di läuft es einfach besser!

Auf guten Wegen - mit dem Auto Club Europa (ACE)

Der Bayerische ACE-Verkehrssicherheitstag

Bereits zum 8. Mal fand kürzlich der Bayerische ACE-Verkehrssicherheitstag statt. Veranstaltungsort war in diesem Jahr die Stadt Augsburg am Willy-Brandt-Platz.

An über 20 Ständen haben die Akteur/innen mit Simulatoren und Ständen zum Thema Sicherheit im Straßenverkehr beigetragen. So zum Beispiel die Berufsfeuerwehr Augsburg mit einem Einsatzfahrzeug, die Lechambulanz mit ihrem Rettungswagen, die Polizei mit ihrem Präventionsmobil und dem Kindergurtschlitten, die Verkehrswachen Augsburg und Aichach-Friedberg mit einem Fahrsimulator unterstützt, u.a. von der AOK und dem Seniorenbeirat der Stadt.

Am Infostand des ACE konnten sich die Gäste auch bei ACE-Vertrauensanwalt Marcus R. Klopfer über Fragen des Verkehrsrechts informieren.

Sie können gerne direkt Kontakt aufnehmen:

Florian Baar (Regionalbeauftragter Club)

E-Mail: [florian.baar\(at\)ace.de](mailto:florian.baar(at)ace.de)

Alles über den ACE unter: www.ace.de

Alles drin:

- In- und Auslandsschutz
- Familienschutz
- Mitgliederbonus bei Reisen, Mietwagen und Hotels
- Mitgliederbonus bei Versicherungen und Krediten

Kostenlose Services:

- Fahrzeugcheck
- Rechtsberatung
- Technische Beratung



Drum prüfe ...

offener Brief von Wolfgang Untergehrer

**„Drum prüfe, wer sich ewig bindet,
ob sich das Herz zum Herzen findet!
Der Wahn ist kurz, die Reu' ist lang.“**

Bekannte Zeilen, auf die ich erst kürzlich gestoßen bin, „Das Lied von der Glocke“ von Friedrich Schiller. Eine Passage, in der der große Dichter eigentlich die Liebe, den Bund der Ehe und die Qual der Wahl behandelt. Da war es für mich nur ein kleiner Gedankensprung zu einer Prüfung, die allen volljährigen Bundesbürger/innen am 24.09.2017 bevorsteht – die Wahlen zum Deutschen Bundestag.

Bunte, einfallsreiche oder manchmal sogar informative Plakate der wahlwerbenden Parteien prangen seit einigen Wochen an den Anschlagstafeln. So wirbt dann auch eine Partei, die sich „Alternative für Deutschland“ nennt, ihre Kandidat/innen lächeln uns entgegen. Sie geben vor, alle nur unser Bestes

zu wollen, unsere Erst- und Zweitstimmen. Alle mir bekannten Prognosen gehen davon aus, dass die AfD in den nächsten Bundestag einziehen wird. Angeblich ist ja die Bundestagswahl längst – alternativlos? - entschieden, bevor auch nur der erste Stimmzettel gefaltet wurde.

Nicht für ewig, „nur“ für vier Jahre bindet sich die Wählerschaft, bündelt ihren Willen, wählt aus und entsendet die Besten und Qualifiziertesten des Landes als ihre Vertretung nach Berlin. Eine Gewerkschaft wie ver.di ist parteipolitisch ungebunden. Es werden sich auch bei uns Mitglieder bzw. Anhänger/innen einer Vielzahl von Parteien finden lassen, und das ist auch gut so. Warum nehme ich das dann zum Anlass, hier meine Gedanken zur „Alternative“ niederzulegen?

Fangen wir einmal beim Eigennamen dieser „Bewegung“ an – „Alternative“ bedeutet vom Wortsinn her nichts anderes als die Möglichkeit zur Entscheidung zwischen genau zwei Optionen, also im Sinne einer Entweder-oder-Entscheidung. Wenn die AfD sich ganz bewusst als die „Alternative“



Pippo Polina plädiert mit seinen Liedern dafür, eine solidarische Haltung zu zeigen!

definiert, dann sieht sie sich als den einen Gegenpol zu allen traditionellen demokratischen Parteien der Bundesrepublik, die die AfD-Vertreter/innen mit Vorliebe auch als die „Systemparteien“ bezeichnen. Eine spezifische Wortwahl, die auch andere rechte Bewegungen wie die österreichische FPÖ, der französische Front National oder die Schweizer SVP bevorzugt nutzen. „Wir sind (ganz) ANDERS als DIE!“

Ja, welche große Gemeinsamkeit haben denn all die „anderen Parteien“ im Verfassungsbogen, von denen sich die „Bewegung“ abheben will? Alle Parteien im Deutschen Bundestag bejahen den Wesenskern des Grundgesetzes, die Prinzipien von Demokratie, Gewaltenteilung, Pluralismus und Rechtsstaatlichkeit, losgelöst von teilweise sehr unterschiedlichen Zielen und Überzeugungen. Zentral ist allen der Vorrang der Würde des einzelnen Menschen, von Freiheit und Gleichheit vor dem Gesetz.

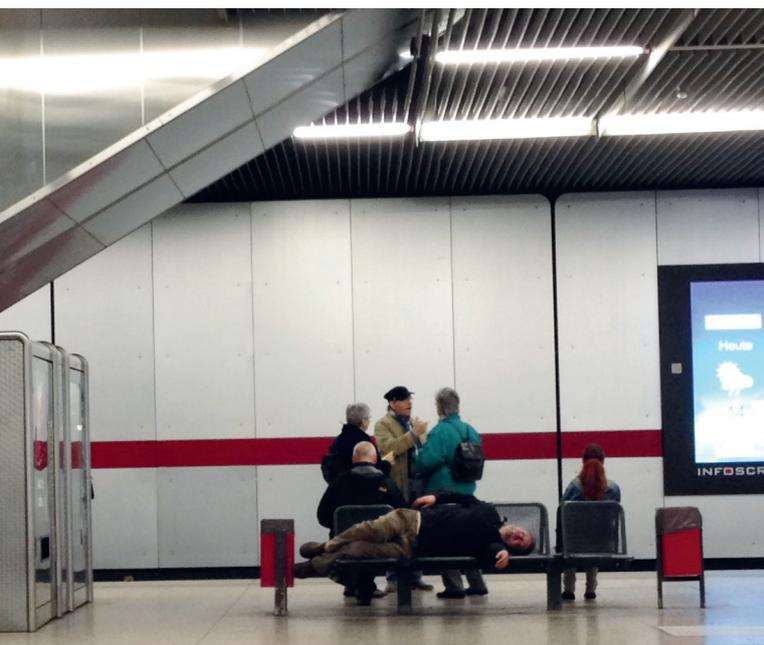
Das ist das „System“, das die „Alternative“ - jenseits aller Lippenbekenntnisse ihres Führungskaders - rücksichtslos attackiert. Nichts anderes als ein Generalangriff auf die Verfasstheit der Bundesrepublik Deutschland, so wie wir sie bisher kennen, steht bevor. Wer das nicht glaubt, der möge nur einmal die völkisch-rassistischen Ausfälle

eines Björn Höcke, AfD-Fraktionsvorsitzender im Thüringer Landtag nachlesen. Erbarmungslose Feinde der Demokratie, der offenen Gesellschaft und des sachlichen Meinungswettstreits stehen vor den Toren des Deutschen Bundestags. Pegida und deren bundesweite Ableger bieten einen ersten Vorgeschmack auf das, was auf uns noch niederkommen könnte.

Wir als die Staatsbürger/innen sind die einzigen, die der „Neuen Rechten“ den Zutritt zum Deutschen Bundestag verwehren können. Es ist die historische Aufgabe gerade der Arbeitnehmerschaft, sich aktiv für Demokratie und Menschenrechte einzusetzen! 1933 endete mit der Machtübernahme durch die „Nationalsozialisten“ die zarte erste Demokratie auf deutschen Boden. In wenigen Monaten waren nicht nur die politischen Parteien, sondern auch die Gewerkschaften aufgelöst bzw. verboten. Die schrecklichen Folgen von Gleichschaltung und Diktatur sollten sich bitte einmal alle vor's geistige Auge halten, die mit einem „Protestvotum“ für die „Alternative“ liebäugeln.

Neben der historischen Perspektive noch ein kurzer Blick darauf, was das eigentliche Thema bei einer Wahl sein sollte, nicht das schönste Plakat oder die professionellste Darbietung der Kandidat/innen, sondern die Frage „Wer vertritt meine INTERESSEN am besten?“ Denn es gibt sie tatsächlich, die Arbeitnehmer/innen, die eine Wahl der AfD ins Auge fassen, gerade Menschen, die befürchten, sozialen Abstieg zu erleiden, auch befristet bzw. ohne Tarifvertrag Beschäftigte (SZ vom 10.08.2017 über eine Studie der Hanns-Böckler-Stiftung).

Ich will hier niemanden überzeugen, eine bestimmte Partei zu wählen, das könnt Ihr alle sehr gut selber. Meine Bitte ist allein, dass Ihr bei der anstehenden Wahl bedenkt, was die „Alternative“, wenn sie Einfluss auf die Gesetzgebung nehmen könnte, ganz konkret für Euch als Arbeitnehmer/innen bedeuten würde. Macht bitte nicht den Bock zum Gärtner, auch wenn die sich gern als „Vertreter des kleinen Mannes“ darstellen möchten. Das wird man aber sicher nicht dadurch, dass man gegen Migrant/innen hetzt



U-Bahn Hbf

und polemisiert. Das Parteiprogramm, aber auch viele öffentliche Äußerungen des Führungspersonals entlarven die durchgängig neoliberale Wirtschaftsideologie der AfD (DGB-Zeitschrift „einblick“ 5/16).

So lehnt Frauke Petry den gesetzlichen Mindestlohn ab, er sei „neozölibalistisch“ und ein „Jobkiller“, ein „Ausfluss realitätsferner Sozialromantik“. Von einer Erhöhung ganz zu schweigen. Besser seien staatliche Lohnzuschüsse statt einem Mindestlohn, für den die Unternehmen aufkommen müssten. Wer noch mehr von den „Alternativen“ hören möchte: „Bürokratieabbau“ (also weitere Deregulierung), „Abschaffung von Gewerbesteuer- und Erbschaftsteuer“, „Auflösung der Berufsgenossenschaften“ sind bezeichnende Schlagworte. Fast selbstredend wird ein „Stufentarif“ bei der Einkommensteuer befürwortet. Auch die solidarische

Arbeitslosenversicherung passt nicht ins AfD-Konzept und soll privatisiert werden: „Arbeitnehmern steht dann der Weg offen, mit eigenen und individuell maßgeschneiderten Lösungen für den Fall der Arbeitslosigkeit vorzusorgen“. Flexibel soll dann auch das Rentenalter angepasst werden, das sich künftig an der steigenden Lebenserwartung orientieren soll. Komplettes Schweigen dagegen zum Kampf gegen den Missbrauch von Werkverträgen, zum Ausbau der Mitbestimmung, zu einem Lohngleichheitsgesetz für gleiche Bezahlung bei gleicher Arbeit!

Drum prüft Euer Herz und bedenkt gleichzeitig mit kühlem Kopf, was Eure eigenen Interessen sind und wer sie am besten vertreten wird. Wenn wir alle am 24.09. nicht gewaltig aufpassen, dann werden wir es lange bereuen, da bin ich ganz beim großen Dichter.

Nachtrag zu Artikel „ver.di trifft SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag“ (21. Ausgabe 2016)

Leider hat sich bei der Bildunterschrift zu diesem Bericht der Fehlerteufel bemerkbar gemacht, deshalb heute die Korrektur:



Hinten von li. nach re.: Günther Knoblauch (MdL, SPD), Thomas Götz (Schlösser- und Seenverwaltung, Bayreuth/ Eremitage), Tobias Pfeffer (IuK-Mitarbeiter Zentralabteilung des FAM und Dozent BayFHS), Martin Heitzer (Lohnsteuer-Sachbearbeiter FAM, ver.di-Bezirksvorstand), Gerhard Huber (stellvertr. Personalratsvorsitzender FAM, Abteilung III)

Vorne von li. nach re.: Wolfgang Untergehrer (Lohnsteuer-Außenprüfer FAM, ver.di-Bundesrevision), Susanne Biedefeld (MdL, SPD), Angelica Dullinger (ver.di-Bundesfachkommission Steuer, Personalratsvorsitzende FAM, Abteilung III), Dr. Herbert Kränzlein (MdL, SPD), Reinhard Strobl (MdL, SPD)



And the winner is ...

Auch zum Preisrätsel im letzten Münchner Wecker erhielt unsere Redaktion jede Menge richtiger Antworten, das Los musste entscheiden. Glückliche Gewinnerin des ausgelobten Rucksacks ist unsere Kollegin **Stefanie Stadler** von der Abteilung Körperschaften.

Das richtige Lösungswort war:
PERSONALRATSWAHL



Losziehung



In welcher Gewerkschaft wären Deine TV-Helden Mitglied?

Ein Film mit Kultcharakter: „Ghostbusters - die Geisterjäger“. Wer kennt sie nicht, die vier Männer um US-Star Bill Murray (als Dr. Peter Venkman), die Mitte der 1980er Jahre unter anderem einen Geist in Form eines riesigen Marshmallows unschädlich gemacht haben? Doch in welcher Gewerkschaft wären die Herren Mitglied gewesen? Als Reinigungskräfte bei der IG Bau oder als besondere Dienstleister bei ver.di?

In einem Online-Ratespiel der DGB-Internetredaktion können die NutzerInnen wählen und mitmachen. Außerdem gilt es auch bei weiteren berühmten Film- und TV-Helden (Pumuckl, Dana Scully aus der Mystery-Serie Akte X oder Jim Knopf) der 1980er und 1990er Jahre zu raten, welche Gewerkschaft für sie zuständig wäre. Unser **Tipp: Reinklicken und mitmachen. www.dgb.de/tv-stars**



Schmetterlingsführung

Am 09.03. fand die schon traditionelle und stets beliebte Führung der ver.di-Betriebsgruppe im Botanischen Garten München-Nymphenburg unter dem Motto „Von gefräßigen Miniaturdrachen zu fliegenden Edelsteinen“ statt.

Die Beteiligung war rege und die Führung sehr kompetent - jede/r der Teilnehmenden hat den zeitweisen Besuch in den Tropen und den farbenprächtigen Schmetterlingen genossen.

Einen ganz herzlichen Dank unserer Organisatorin Michi Sauerwein!



Fotos:

oben links: Wolfgang Untergehrer mit Stefanie Stadler

Foto darunter: e6_2017_s8_ghostbusters © Wacko Photographer/Flickr CC BY-SA 2.0

Fotos rechts: Schmetterlinge im Botanischen Garten, Michi Sauerwein

